

Jahreswirtschaftsbericht 2016

Deutschland auf Wachstumskurs

Die Aussichten für 2016 sind erfreulich: Deutschlands Wirtschaft ist in guter Verfassung. Die Bundesregierung erwartet für 2016 ein Wachstum von 1,7 Prozent. Jetzt müssen die Weichen richtig gestellt werden, damit die Wirtschaft auf Erfolgskurs bleibt.



Foto: picture alliance/ Daniel Reinhardt

„Die deutsche Wirtschaft steht gut da“, stellte Andreas Lenz (CSU) in seiner Rede fest. „Trotz der internationalen Krisen arbeiten in Deutschland erstmals mehr als 43 Millionen Menschen, so viele wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Gleichzeitig waren seit der Wiedervereinigung noch nie so wenige Menschen ohne Arbeit. Auf diese Entwicklung können wir stolz sein.“

Die wirtschaftliche Dynamik – so der Bericht – wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen: Steigende Konsumausgaben und der niedrige Ölpreis machen sich positiv bemerkbar. „Die deutsche Wirtschaft startet mit Schwung in das neue Jahr“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Karl Holmeier. Bruttolöhne und –gehälter verzeichneten 2015 den höchsten Zuwachs seit mehr als zwei Jahrzehnten.

Allerdings kommt es jetzt auf die richtigen Weichenstellungen an, um die wirtschaftliche Dynamik nicht auszubremsen. „Hierzu ge-

hört, dass wir die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen setzen“, so Holmeier. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Digitalisierung zu: Stichwort Breitbandausbau. Nötig sind die richtigen Rahmenbedingungen für die digitale Entwicklung und mehr Raum für Forschung und Entwicklung. Ebenfalls wichtig sei eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Erbschaftssteuer, betonte Lenz. Der Minijobbereich müsse entbürokratisiert und Zeit- und Werkverträge nicht weiter beschränkt werden.

Eine große wirtschaftliche Herausforderung ist die Flüchtlingskrise. „Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist eine Begrenzung des Zuzugs nötig“, machte Lenz klar. Die Integration der Flüchtlinge stelle eine Mammutaufgabe dar. Hier sei auch die deutsche Wirtschaft gefragt.

Als Vorbild kann Bayern dienen: Mit dem Integrationspakt zwischen bayerischer Wirtschaft und Arbeitsagentur ist geplant, bis 2019 60.000 bleibeberechtigte Flüchtlinge in Arbeit zu bringen.

**Solides
Wachstum**



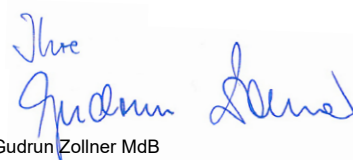
Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ist gesunken, sie ist aber immer noch viel zu hoch.

Deshalb ist es gut, dass sich die Koalition diese Woche auf weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen geeinigt hat: Der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige wird für zwei Jahre ausgesetzt. Wir schaffen besondere Erstaufnahmeeinrichtungen, um Menschen mit fehlender Bleibeperspektive zügig zurückführen zu können. Marokko, Algerien und Tunesien sollen zusätzlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.

Es ist allerdings bedauerlich, dass SPD und Grüne sinnvolle Vorschläge immer wieder verzögern. So haben 2015 weit über 100.000 Menschen aus den Westbalkanländern bei uns Asyl beantragt – bei einer Schutzquote von unter einem Prozent. Seit der Einstufung zu sicheren Herkunftsstaaten tendieren die Neuzugänge aus diesen Ländern gegen Null. Zur Wahrheit gehört deshalb, dass wir ohne die monatelange Blockade der Einstufung der Westbalkanländer als sichere Herkunftsländer einen Großteil dieser Menschen erst gar nicht im Land gehabt hätten. Trotz entsprechender Vereinbarungen der Parteivorsitzenden wurden auch die nun beschlossenen Maßnahmen zum Familiennachzug und zur Einrichtung besonderer Aufnahmezentren monatelang blockiert.

Die CSU hat weiter gehende Vorschläge wie die Einrichtung von Transitzonen, die nochmalige Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten oder die Zurückweisung von Personen ohne gültige Ausweispapiere an der Grenze gemacht. Wir lassen nicht locker!

Ihre

Gudrun Zollner MdB

Kongress der CDU/CSU-Fraktion

Syrien und die Suche nach Frieden

Konfliktherd Syrien - seit fünf Jahren herrscht hier Bürgerkrieg. Beim Fraktionskongress der CDU/CSU vergangenen Montag diskutierten Experten und Politiker Optionen für den Frieden in einem Land, welches vom Krieg gezeichnet ist.

Mehr als zehn Millionen Syrer sind auf der Flucht – allein 4,5 Millionen von ihnen im Ausland. Der Weg zu einer friedlichen Lösung ist steinig. Fest steht jedoch, dass alle Akteure gemeinsam verhandeln müssen.

Die Zahl der beteiligten Akteure sei in den vergangenen Monaten exponentiell gestiegen, erläuterte Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Denn der Konflikt spiele sich auf drei Ebenen ab: Zum einen sei es ein innerstaatlicher Machtkonflikt zwischen Assad und der Opposition, zum zweiten jedoch auch ein interregionaler Konflikt. Mit Russlands aktivem Eingreifen habe der Konflikt zudem eine internationale Komponente bekommen, so Kaim. Alexander Radwan (CSU) befürchtet, dass die arabische Welt ein Stück weit dabei sei, verloren zu gehen.



Foto: picture alliance/aa

Miguel Berger vom Auswärtigen Amt forderte dazu auf, die positiven Signale aus den Atomverhandlungen mit den Iran auch in die Syrien-Verhandlungen mitzunehmen. Dazu müsse man zunächst vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen, bevor am Ende freie Wahlen, die Änderung der Verfassung und das Einrichten einer Übergangsregierung stehen.

Weniger optimistisch ist Terrorexperte Peter Neumann. Denn neben dem Ende des Bürgerkriegs spiele die systematische und langfristige Eindämmung des sogenannten Islamischen Staates (IS) eine entscheidende Rolle. Vorrangiges Ziel der Friedensgespräche müsse ein Waffenstillstand sein sowie die Schaffung einer humanitären Zone in Syrien.

Diese Woche

| | |
|---|---|
| Jahreswirtschaftsbericht 2016 Deutschland auf Wachstumskurs | 1 |
| Kongress der CDU/CSU-Fraktion Syrien und die Suche nach Frieden | 2 |
| Gedenkstunde NS-Verbrechen Zwangsarbeit | 2 |
| Jahreswirtschaftsbericht 2016 Das sind die Zahlen | 3 |
| <i>Kommentar</i> Bundeswehr bleibt Parlamentsheer | 3 |
| Auslandseinsätze Bundeswehrmandate verlängert | 3 |
| Zu Besuch auf der Grünen Woche Beeindruckende Vielfalt der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft | 4 |

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Studio Kökeny Raster

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Gedenkstunde

NS-Verbrechen Zwangsarbeit

Gedenkstunde im Bundestag: Am Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz erinnert das Parlament an die Opfer des NS-Regimes. Diesmal stand das Thema Zwangsarbeit im Mittelpunkt.



Foto: picture alliance/dpa

Bundestagspräsident Norbert Lamert nannte die Zwangsarbeit zu NS-Zeiten ein Massenphänomen, ein Verbrechen, welches vor aller Augen begangen wurde. Die geleisteten Entschädigungszahlungen könnten nicht mehr als eine Geste sein. Gastrednerin Ruth Klüger schilderte ihre Erlebnisse, als sie als Zwölfjährige in das Konzentrationslager Theresienstadt kam. „Wir haben den Wald gerodet, die Stümpfe schon gefällter Bäume ausgegraben und weggebracht; auch Holz gehackt

und Schienen getragen.“ Wozu sie arbeitete, erfuhr sie nicht: „Es liegt im Wesen der Zwangsarbeit, dass die Arbeiter den Sinn ihrer Arbeit entweder nicht kennen oder ihn verabscheuen.“ Dass Klüger vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat und der Einladung gefolgt ist, habe auch etwas mit dem aktuellen Bild Deutschlands zu tun. Heute, Generationen später, erhalte das Land den Beifall der Welt für seinen Umgang mit den Flüchtlingen, so Klüger.

Kommentar

Bundeswehr bleibt Parlamentsheer

Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung über einen Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der parlamentarischen Beteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Damit wird Deutschlands Handlungsfähigkeit innerhalb der NATO und der EU erhöht, stellt der Justiziar der CDU/CSU-Fraktion Hans-Peter Uhl, der als Kommissionsmitglied die Vorschläge mit erarbeitet hat, in seinem Kommentar fest:

Seit 2004 entscheidet der Bundestag auf Grundlage des Parlamentsbeteiligungsgesetzes über Auslandseinsätze bewaffneter Streitkräfte. Die Zusammenarbeit auf militärischer Ebene hat sich seitdem jedoch grundlegend verändert. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und knapper Budgets ist es wichtiger denn je, militärische Fähigkeiten über aktive Bündnispolitik zu erhalten.

Um die Parlamentsrechte an diese Praxis anzupassen, hat unsere Kommission unter der Leitung des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühe Vorschläge erarbeitet. Nach 14 Monaten Expertenanhörungen, Besichtigungen von Stützpunkten vor Ort und umfangreichen Sitzungen haben wir dazu beigetragen, Deutschlands Handlungsfähigkeit innerhalb der NATO und der Europäischen Union zu erhöhen und gleichzeitig die parlamentarische Mitwirkung bei der Einsatzmandatierung zu stärken.



Foto: Henning Schacht

Im Ergebnis verpflichtet sich die Bundesregierung, den Bundestag jährlich über die mit Bündnispartnern gemeinsam genutzten Fähigkeiten der Streitkräfte zu unterrichten. Einsätze von Spezialkräften des Militärs, wie zum Beispiel gezielte Maßnahmen zur Abwehr von terroristischen Bedrohungen, werden immer bedeutender. Das Parlament wird zukünftig nach Abschluss eines solchen Einsatzes informiert. Damit erhalten diese Ein-

sätze eine angemessene Würdigung. Die Schärfung des Einsatzbegriffes ist eine weitere wichtige Errungenschaft der Kommissionsarbeit. Die Parlamentsarbeit wird damit von unnötigem Ballast befreit, beispielsweise sind Ausbildungsmissionen zukünftig nicht mehr mandatspflichtig. Entgegen allen Befürchtungen, auch denen der Opposition, bleibt die Bundeswehr mit diesen Vorschlägen ein Parlamentsheer.

Jahreswirtschaftsbericht 2016

Das sind die Zahlen

Die Arbeitslosenzahlen sind niedrig, der Export und die Einkommen steigen. Deutschlands Wirtschaft wächst. Das belegt der Jahreswirtschaftsbericht 2016 auf 151 Seiten. Zahlen und Fakten im Überblick:

- ◆ **1,7 Prozent** – so die Wachstumsprognose für 2016. Trotz der internationalen Krisen wächst Deutschlands Wirtschaft auch weiterhin. *Das ist gut:* Denn eine gute wirtschaftliche Entwicklung schafft Wohlstand und Beschäftigung.
- ◆ **0,9 Prozent** mehr Erwerbstätige werden in 2016 erwartet. Bereits 2015 überschritt die Zahl der Erwerbstätigen die Marke von 43 Millionen im Jahresdurchschnitt – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Zahl der Arbeitslosen liegt auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. *Das ist gut:* Denn mehr Beschäftigte und höhere Löhne sorgen für binnenwirtschaftliche Dynamik in Deutschland.
- ◆ **Um 3,7 Prozent** werden Bruttolöhne und -gehälter 2016 steigen. Und dass, obwohl bereits 2015 der höchste Zuwachs je Arbeitnehmer seit mehr als zwei Jahrzehnten verzeichnet wurde. *Das ist gut:* Denn steigende Einkommen erhöhen den Konsum und sorgen für Investitionen.
- ◆ **Unter 70 Prozent** des Bruttoinlandsproduktes wird die Staatsverschuldung im laufenden Jahr erstmals wieder liegen. Auch 2016 soll der Bundeshaushalt ausgeglichen sein – zum dritten Mal in Folge. Dennoch wird der Staat weiter kräftig investieren – und das ohne neue Schulden und höhere Steuern. *Das ist gut:* Denn dies macht Deutschland zukunftsfähig und ist im Sinne der kommenden Generationen.

Auslandseinsätze

Bundeswehrmandate verlängert

Der Bundestag hat der Verlängerung und Ausweitung der Bundeswehreinsätze in Mali und in der Region Kurdistan-Irak zugestimmt.

In Mali können künftig statt bisher 150 bis zu 650 Soldaten zur Überwachung der Waffenruhe und zur Stabilisierung insbesondere des Nordens eingesetzt werden. Damit wolle man den Menschen in Mali Frieden und Sicherheit in ihrer Heimat ermöglichen, erklärte Julia Obermeier (CSU).

Im Nord-Irak wird die Truppe zur Ausbildung der kurdischen Peschmerga für den Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) von 100 auf 150 Soldaten vergrößert. Der Einsatz sei vor allem wegen der Kombination von Waffenlieferungen und Ausbildung ein Erfolg, so Reinhard Brandl (CSU) in seiner Rede,

Zu Besuch auf der Grünen Woche

Beeindruckende Vielfalt der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft

Bei ihrem Rundgang auf der Grünen Woche in Berlin, der weltweit wichtigsten Messe für Land- und Ernährungswirtschaft und Gartenbau, betonte die CSU-Landesgruppe die enge Verbundenheit mit der Landwirtschaft.

„Der Rundgang auf der Grünen Woche hat mich in vielen Gesprächen mit Menschen zusammengeführt, die mit großer Leidenschaft bei der Arbeit sind, gerade in Bayern“, fasste Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, ihre Eindrücke zusammen. Begleitet wurde Hasselfeldt vom Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger, der Vorsitzenden des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft Marlene Mortler sowie den Abgeordneten Artur Auernhammer und Alois Rainer.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die CSU-Politiker führten unter anderem Gespräche mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbands Walter Heidl. „Wir haben unsere Bauern im letzten Jahr angesichts des Preisverfalls und der wetterbedingten Ernteaufälle besonders unterstützt“, machte Has-

sselfeldt deutlich und verwies auf die Aufstockung des Bundeszuschusses zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung um 78 Millionen Euro und das Liquiditätshilfeprogramm. Sie versprach: „Wir werden uns auch weiterhin für unsere Landwirte stark machen. Landwirtschaft und CSU - das sind natürliche Partner.“

Neben der Bayernhalle besuchten die CSU-Politiker unter anderem den Erlebnisbauernhof und die Sonderchau-Halle des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten von der Vielfalt und Leistungsfähigkeit der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft.



Fotos: CSU-Landesgruppe, Forum Moderne Landwirtschaft

